

Aufruf zur Unterstützung einer Uno-Deklaration zum Schutz der Rechte der Bäuerinnen und Bauern

70 % der Bevölkerung, die in der Welt an Hunger leidet, lebt von landwirtschaftlichen Ressourcen im ländlichen Raum. Seit mehr als zehn Jahren setzen sich Organisationen von BäuerInnen mit der internationalen Bewegung La Via Campesina für die Anerkennung der Rechte der BäuerInnen ein. Diese betreffen die am meisten verletzlichen Personen, die im ländlichen Raum arbeiten, im Besonderen die KleinbäuerInnen und die BäuerInnen ohne Land, die traditionellen Fischer und die Jäger und Sammler.

Die vom UNO-Menschenrechtsrat beauftragten Experten betrachten es als unerlässlich, dass ein neues völkerrechtliches Instrument geschaffen wird, um die Bauern und Bäuerinnen besser gegen die Inbesitznahme der lebenswichtigen Ressourcen wie den landwirtschaftlichen Boden, das Wasser und das Saatgut sowie gegen die damit einhergehenden Verletzungen der Menschenrechte durch multinationale Konzerne, Investoren oder Regierungen schützen zu können.

Im Rahmen des Menschenrechtsrats hat sich nun die Schweiz öffentlich gegen eine internationale Deklaration zum Schutz der Bauern und Bäuerinnen ausgesprochen. Diese soll die Bauern und Bäuerinnen und die anderen Personen, die im ländlichen Raum arbeiten, bei den Fragen des Rechts auf Boden und Wasser, auf ein würdiges Einkommen, einen gerechten Lohn und auf Saatgut besser schützen.

Die Haltung der Schweiz widerspiegelt eher den Schutz der Interessen der multinationalen Konzerne, die Wasser und Saatgut vermarkten, als jene der humanitären Traditionen. Mit dieser unverständlichen Haltung diskreditiert die Schweiz ihre eigenen Aktivitäten im Bereich der Entwicklungshilfe.

Nur eine sehr starke Reaktion der Zivilgesellschaft kann gegenüber dem Druck wirtschaftlicher Lobbies genügend Gewicht entfalten, um eine Änderung der Haltung der Schweiz für die entscheidende Vollversammlung des Menschenrechtsrates im Juni zu bewirken.

Darum appellieren die Organisationen Swissaid, Brot für Alle, Fastenopfer, FIAN Schweiz, das CETIM, die Plattform für eine sozial nachhaltige Landwirtschaft, die Bauerngewerkschaft Uniterre und die Kooperative Longo maï:

- **an den Bundesrat und die Verantwortlichen für die Haltung der Schweiz im UNO-Menschenrechtsrat:** ihren ganzen Einfluss für die Annahme der UNO-Deklaration zum Schutz der Rechte der BäuerInnen einzusetzen.
- **an die PolitikerInnen:** für die UNO-Deklaration zum Schutz der Rechte der BäuerInnen in ihrem kommunalen, kantonalen oder Bundes- Parlament zu intervenieren.
- **an alle Personen:** sich persönlich für die UNO-Deklaration zum Schutz der Rechte der BäuerInnen einzusetzen und einen Brief an die Bundespräsidentin Frau Eveline Widmer-Schlumpf zu richten. (siehe Modellbrief)

Bern, Genf, Lausanne, Luzern und Undervelier, den 21. mai 2012